

Rede von Winni Nachtwei auf dem Wahlprogramm-Parteitag der Grünen am 10. Juli in Berlin zum Außenpolitischen Teil „Europa in der Einen Welt: Globalisierung gerecht gestalten“

Liebe Freundinnen und Freunde,

genau in diesen Tagen vor zehn Jahren begann das Massaker von Srebrenica, dem größten Massenmord in Europa nach Ende des 2. Weltkrieges.

Vor sechs Jahren war gerade der Kosovo-Krieg zu Ende gegangen.

Welche Lehren wurden daraus gezogen? Was haben wir Grüne, was haben andere daraus gelernt?

Außen- und Sicherheitspolitik, die Friedenspolitik sein soll, muss sich zuerst entschieden für die Menschenrechte, für die Erhaltung und Fortentwicklung des Völkerrechts einsetzen. Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein.

Friedens- und Sicherheitspolitik geht nicht mit Alleingängen, sondern nur mit effektivem Multilateralismus, mit starken Vereinten Nationen, mit einer wirklich gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und mit einer handlungsfähigen OSZE.

Friedens- und Sicherheitspolitik darf den Vorrang von Ziviler Konfliktbewältigung und Gewaltprävention nicht nur behaupten – wie es ständig bei Sonntagsreden geschieht, sondern muss diesen Vorrang auch praktizieren: Nur die Grünen sind hier treibende Kraft, machen Vorschläge zu ihrer Weiterentwicklung und drängen vor allem auf ihre bessere Ausstattung. Der Aktionsplan zivile Krisenprävention wurde von uns in der Bundesregierung verankert und ist eine Errungenschaft, die international hohe Anerkennung gefunden hat. Die SPD macht auf diesem wichtigen Politikfeld mit, bleibt dazu in ihrem Wahlmanifest aber plakativ. Bei der PDS – das beobachten wir im Bundestag seit Jahren – herrscht hierzu Fehlanzeige.

Friedens- und Sicherheitspolitik braucht weiter Abrüstung und weiter restriktive Rüstungsexportkontrolle. Aufbauend auf unserem Engagement machen wir hierzu konkrete Vorschläge, angefangen bei den Kleinwaffen bis hin zu den Atomwaffen. Ernüchternd ist, dass die SPD dazu in ihrem Wahlmanifest kein Wort verliert. Das kommt auch nicht von ungefähr: Die Haltung des Kanzleramts, von Wirtschafts- und Verteidigungsministerium zu Rüstungsexporten gerieten in den letzten Jahren immer deutlicher in Widerspruch zum friedenspolitischen Anspruch von Rot-Grün.

Friedens- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen braucht auch militärische Beiträge. Wir unterscheiden aber sehr wohl zwischen friedenssichernden Einsätzen und so genannter Friedenserzwingung, die weiterhin und zu Recht sehr umstritten ist.

Es sind allein die Grünen, die für den notwendigen Umbau der Bundeswehr und ihre Einsätze klare Grenzen definieren

- im Unterschied zur SPD, die der völligen Entgrenzung das Wort redet,
- im Unterschied zur PDS, die die Anforderungen der Vereinten Nationen und die Pflichten eines UN-Mitglieds ignoriert.

Deutschland verweigerte sich dem Irak-Krieg und bewies damit eine neue Mündigkeit - im Unterschied zur blinden US-Treue der Union. Für die Grünen war das weder ein wahltaktisches Manöver noch eine Rückkehr zu Positionen der frühen 90er Jahre. Für uns war das die zwingende Konsequenz aus einer Friedens- und Sicherheitspolitik der UNO-Treue, des effektiven Multilateralismus und des Vorrangs der zivilen Krisenprävention. Dafür stehen konsequent - leider - nur die Grünen!

(W. Nachtwei war aktiv an der Erarbeitung des außenpolitischen Programnteils beteiligt: als Mitglied der Programmkommission und als Fachberater der Antragskommission.)